

Arbeitsgesellschaft am Ende ?

Herausforderungen aus der Sicht des DGB*

Beim letzten Werkstattgespräch haben wir über die Trends und Herausforderungen des sich wandelnden Systems der Erwerbsarbeit diskutiert. Hieran knüpft unser heutiges Werkstattgespräch an, in dessen Mittelpunkt die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und das Verhältnis der Erwerbsarbeit zum Leben insgesamt steht.

Über die Zukunft herrscht in unserer Gesellschaft eine weit verbreitete Skepsis. Die Programmkommission hat für das heutige Werkstattgespräch bewußt den Titel „Arbeitsgesellschaft am Ende?“ gewählt, um diese Skepsis zum Ausdruck zu bringen. Ich will hierbei jedoch das Fragezeichen am Ende des Titels unterstreichen. Um es deutlich zu sagen: Wir folgen nicht der Argumentation, die anstelle dieses Fragezeichens ein Ausrufezeichen setzt. Beiden Positionen werden sicherlich auch in der Diskussion heute noch eine Rolle spielen, ich will dem nicht vorgreifen. Ich will aber als Veranstalter einige Eckpunkte für die notwendige Debatte über die Zukunft der Arbeit benennen und unsere Vorstellungen dazu deutlich machen.

Wachsende Arbeitsansprüche

Wichtig ist zunächst, sich nochmals einige Ergebnisse unseres letzten Werkstattgesprächs in Erinnerung zu rufen. Hier stand zwar die Zukunft in der Erwerbsarbeit im Vordergrund der Diskussion, dennoch waren wir uns dabei der Tatsache bewußt, daß Erwerbsarbeit nicht alles ist, was Gesellschaft aus-

* Der Beitrag von Dieter Schulte sowie die nachfolgenden Überlegungen von Wolfgang Klauter waren Grundlage des 8. Werkstattgesprächs des DGB zur Programmreform, das am 10. November 1994 unter dem Titel „Arbeitsgesellschaft am Ende? Arbeit und Leben 2010“ in Düsseldorf stattfand. Mit diesem Werkstattgespräch endet vorläufig die Reihe der Werkstattgespräche zur Programmreformdebatte. Einen ersten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, in den die auf den Werkstattgesprächen erarbeiteten Positionen einfließen sollen, will die Programmkommission des DGB bis Anfang 1996 vorlegen.

macht. Wir haben gelernt, daß bezahlte Arbeit einem tiefgreifenden Wandel unterworfen ist, der in seiner Dimension und in seiner Dramatik durchaus mit dem historischen Prozeß der ersten industriellen Revolution und der Durchsetzung der industriellen Massenproduktion vergleichbar ist.

Die Wirtschaft krempelt ihre Strukturen derzeit von Grund auf um. Sie reagiert auf die wachsende Globalisierung und Wechselhaftigkeit der Märkte. Und sie nutzt dabei die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Just-in-time-Produktion, Outsourcing, Lean production — das sind Kernbegriffe für diese Umwälzung, welche inzwischen selbst in die Wirtschaftsspalten von Regionalzeitungen Eingang gefunden haben. Die Arbeitslandschaft wird dadurch geradezu umgepflügt. Aber es sind nicht diese objektiven, technisch-wirtschaftlichen Strukturveränderungen allein, die eine Rolle spielen. Das subjektive Element des Arbeitsverhaltens der Menschen - ihre Einstellung zur Arbeit, ihr Engagement, ihre Arbeitsmotivation - all das gewinnt erheblich an Bedeutung für die zukünftige Entwicklung. Gerade in diesem Punkt wird die Wechselwirkung zwischen Lebenswelt und Arbeit eindrucksvoll deutlich. Immer mehr Menschen erfahren eine immer längere Ausbildung. Ihre Sozialisation vollzieht sich im Vergleich zu früher recht lang außerhalb der unmittelbaren betrieblichen Sphäre. Individualistisches Selbstbewußtsein und entsprechende Handlungsorientierungen werden dadurch gestärkt, gleichzeitig wird die Bindung an die gesellschaftlichen Herkunftsgruppen geschwächt.

Für die Gestaltung der Arbeitswelt hat das erhebliche Konsequenzen: Junge Menschen bringen beim Eintritt in die Erwerbsarbeit ein verändertes Selbstverständnis mit, die Ansprüche an die Arbeit und ihre Bedingungen haben sich gewandelt: inhaltsreiche, sinnvolle und mitgestaltbare Arbeit ist gefragt. Und: Ohne diese subjektiven Veränderungen wäre der Prozeß der Schaffung anspruchsvollerer, abwechslungsreicherer und interessanterer Arbeitsformen, wie er derzeit in immer mehr Bereichen der Wirtschaft stattfindet, in seiner Gänze nicht zu begreifen.

Spagat zwischen Überforderung und Ausschluß vom Arbeitsmarkt

Aber durch diese Entwicklung geraten wir gleichzeitig in eine immer paradoxere Situation: Einerseits wird Arbeit in vielen Bereichen interessanter und anspruchsvoller, andererseits wächst das Heer der Menschen, die zeitweise oder auf Dauer aus dem System der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden. Einerseits gibt es immer mehr Menschen, die unter Zeitdruck und Berufsstreß stöhnen, andererseits wächst das Heer der Arbeitslosen, für die die Erwerbsarbeitszeit auf Null gestellt ist und die nach Arbeit verlangen.

Was wird mit den „Ausgeschlossenen“? Was wird aus einer Gesellschaft, in der die Gruppe der Langzeitarbeitslosen dramatisch anwächst? Für die meisten Menschen in diesem Lande ist Erwerbsarbeit die einzige Quelle des Lebensunterhalts. Mit Arbeitslosengeld oder gar Sozialhilfe ist ein schmerz-

licher Einkommensabfall verbunden - aber das ist nicht einmal das Kernproblem. Schlimmer noch sind die „seelischen Verwüstungen“, die dauerhafte Arbeitslosigkeit auslöst. Für viele Menschen ist Erwerbsarbeit auch Quelle von Selbstbewußtsein, von sozialer Anerkennung und von persönlicher Identität. Mit Lohnersatzleistungen oder auch dem oft vorgeschlagenen „Bürgergeld“ ist der Verlust des Arbeitsplatzes deshalb nicht auszugleichen.

Es gibt zwingende Gründe genug, massiv gegen die anschwellende Arbeitslosigkeit anzugehen. Warum geschieht das nicht? Mein Eindruck ist, daß sich gerade in der Politik in den letzten Jahren eine „klammheimliche Resignation“ gegenüber dem Beschäftigungsproblem breitgemacht hat. Ich vermisse eine durchdachte und konsequente Beschäftigungspolitik der Regierung. Es drängt sich der Eindruck auf, als ob die Regierung in diesem Feld nicht handlungsfähig ist. Unsere Forderungen nach Kräftigung der öffentlichen Investitionen und nach Stärkung der Konsumentennachfrage, zum Beispiel durch steuerliche Freistellung des Existenzminimums oder eine kräftige Erhöhung des Kindergeldes, blieben in den achtziger Jahren ohne Echo. Das war zu einer Zeit, als die öffentlichen Haushalte noch nicht in das tiefe Schuldenloch geritten waren.

Unsere Politik kürzerer Arbeitszeiten wurde von dieser Regierung nie sonderlich unterstützt. Von „Idammheimlich“ spreche ich deshalb, weil keiner der Regierungspolitiker zugeben würde, vor der Massenarbeitslosigkeit resigniert zu haben. Im Gegenteil: Im jüngsten Bundestagswahlkampf entfalteten die Regierungsparteien einen beschäftigungspolitischen Aktionismus, der allerdings vollkommen im Widerspruch zu ihrer fehlenden Tatkraft der letzten zehn Jahre stand. Aber es gibt in dieser Debatte noch eine andere Form von beschäftigungspolitischer Resignation. Ich nenne sie die „Flucht ins Paradies“. Da ist die Rede davon, daß „der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe“. Und die Vertreter dieser Auffassung machen aus der Not eine Tugend und sehen in der Massenarbeitslosigkeit eine Chance zum Ausstieg aus dieser „Arbeitsgesellschaft“. Ich persönlich habe da meine Zweifel. Aber das muß diskutiert werden.

Natürlich dürfen wir uns nicht an der Frage vorbeimogeln, ob es denn sinnvoll ist, Arbeit um der Arbeit wegen zu schaffen. Birgt das nicht erhebliche ökologische Risiken in einer sowieso schon bis an ihre Grenzen belasteten Umwelt? Kann der aus Überlebensgründen geborene Zwang zur Arbeit für den einzelnen nicht durch ein allgemeines Bürgerrecht auf ein Grundeinkommen, das nicht an Arbeit als Gegenleistung geknüpft wird, gelockert oder gar aufgehoben werden? Ich bin bei dieser letzten Frage aus den bereits genannten Gründen skeptisch. Es gibt dafür auch bislang meines Wissens kein praktikables und finanzierbares Konzept.

Vorschläge für einen beschäftigungspolitischen Pakt

Was die Gewerkschaften nicht wollen, das sind Ersatzhandlungen. Was wir wollen, das ist eine konsequente Beschäftigungspolitik. Was wir wollen, das ist

eine intelligente Verbindung von Wirtschafts- und Umweltpolitik. Wir müssen auf den umweltfreundlichen Pfad einer „dauerhaften Entwicklung“ umsteuern, wollen wir nicht sehenden Auges in den Öko-Kollaps hineinschlittern. So wie ich dieses Konzept verstehe, soll es um die Vermeidung umweltbelastender Stoffe und von Schadstoffausstoß gehen. Und alle Materialien, die in der Produktion eingesetzt werden, sollen möglichst wiederverwendet werden. Ein solches neues Entwicklungsmuster, wie es seit dem Umweltgipfel von Rio im Jahre 1992 allgemein für richtig und notwendig gehalten wird, kommt nicht von selbst. Es muß gesucht und erarbeitet werden. Und es bedeutet Veränderungen und Reformen in unseren Strukturen und Verhaltensweisen. Deshalb gibt es einen gewaltigen Bedarf an Innovationen. Und dahinter steht ein gewaltiger Bedarf an Arbeit.

Wir brauchen neue Problemlösungen: im Umweltschutz, im Verkehrsbereich, in der Energieversorgung und auch für die humane Gestaltung der Arbeitswelt. Dazu müssen wir Erfinder- und Forscherarbeit mobilisieren. Unsere Facharbeiter müssen neue, umweltschonende Investitions- und Konsumgüter bauen. Aber der Bedarf an Arbeit steigt auch durch gesellschaftliche Entwicklungen: Unsere alternde Bevölkerung braucht mehr Altenbetreuung und Gesundheitsdienste. Frauen streben nach beruflicher und wirtschaftlicher Eigenständigkeit, was den Bedarf an Kinderbetreuungsstätten wachsen läßt. Und die Beschleunigung des technischen Wandels erzwingt neue Beratungs-, Planungs- sowie Bildungs- und Ausbildungsleistungen. Uns geht also keineswegs die Arbeit aus! Worauf es ankommt ist, den Bedarf an Arbeit zu organisieren und zu mobilisieren. Dazu brauchen wir eine gesellschaftliche Verabredung zwischen allen Beteiligten. Wir haben das einen „beschäftigungspolitischen Pakt“ genannt. Und wir brauchen eine initiativfreudige und langfristig denkende Regierung, die fähig ist, die unterschiedlichen Anstrengungen aller Beteiligten in einer Innovations- und Modernisierungsoffensive zusammenzuführen.

Aber vergessen wir eines nicht: Nicht jeder kann in einer schnellebigen Wirtschaft und Gesellschaft wie der unseren so ohne weiteres das geforderte Tempo mitmachen, immer auf dem neuesten Stand sein. Deshalb müssen wir mehr für die Bildung und Ausbildung, für das lebenslange Lernen der Menschen tun. Sonst fehlen uns z. B. im Jahre 2010 zwei Millionen qualifizierte Facharbeiter. Hier ist nicht nur die Politik, hier sind vor allem auch die Unternehmen gefordert.

Wir müssen den Langzeitarbeitslosen gezielt den Einstieg in das Beschäftigungssystem offenhalten. Das bedeutet: Wir müssen die Arbeitsmarktbrücken zwischen schrumpfenden und neuen Beschäftigungsbereichen, zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbsarbeit und zwischen den verschiedenen Bereichen des Beschäftigungssystems ausbauen. Das heißt: Mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für sinnvolle Zwecke, mehr Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitslose und gezielte Wiedereinstiegsprojekte für Langzeitarbeitslose. Das heißt aber auch, und da spreche ich bewußt die Wirtschaft an: rechtzeitige

Diversifizierung der Produktpalette des Unternehmens und Aufschließen neuer Technologiefelder statt Festhalten an gewohnten Produktlinien.

Lebensarbeitszeit, 25-Stunden-Woche und Zeitsouveränität

Um eine klare Antwort auf die Fragestellung dieser Veranstaltung zu geben: Die Arbeitsgesellschaft ist nicht am Ende. Am Ende ist allenfalls die Phantasie und Kreativität, die wir brauchen, um diese Gesellschaft an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und sie innerlich zu „befrieden“. Aber es gibt Lösungen: Wir plädieren für eine „Fünf-Wege-Strategie für mehr Beschäftigung“. Einzelne Elemente daraus habe ich Ihnen gerade schon vorgestellt. Hinzukommen muß die Überwindung der derzeitigen, äußerst labilen Konjunktursituation durch konjunkturpolitische Impulse. Nicht vergessen will ich aber auch unser Plädoyer für weitere Arbeitszeitverkürzungen. Hätten wir in den letzten Jahrzehnten auf die Wirtschaft und ihre Verbände gehört, wären wir heute noch bei einer Wochenarbeitszeit von 45 Stunden wie Ende der fünfziger Jahre. Dafür hätten wir aber auch einige Millionen Arbeitslose mehr. Denn der Zusammenhang zwischen kürzeren Arbeitszeiten und höherer Beschäftigung ist so eindeutig, daß er inzwischen sogar von Seiten der Wirtschaftsverbände eingeräumt wird.

Ich habe kürzlich in einem Interview auf die Möglichkeit der 25- bis 30-Stunden-Woche hingewiesen, und zwar für das Jahr 2010. Dafür bin ich nicht nur gelobt worden. Aber glauben denn meine Kritiker tatsächlich nicht an weiteren technischen Wandel und Produktivitätsfortschritt? Schauen wir doch in die Geschichte. Die Erfahrung lehrt: Es gibt parallel zum langfristigen Produktivitätsfortschritt seit jeher einen Trend der Arbeitszeitverkürzung. Ich habe nichts weiter gemacht, als den Trend der letzten zehn Jahre in die Zukunft zu verlängern. Natürlich stehen hinter diesem Trend gesellschaftliche Konflikte und politische Vereinbarungen. Aber ist eine solche Entwicklung nicht realistisch? ! Und ist sie nicht auch sinnvoll?! Mehr freie Zeit ist eine wichtige Komponente von Lebensqualität in hochentwickelten Industriegesellschaften. Es gibt kein Naturgesetz, daß mit der 35-Stunden-Woche das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Unsere Politik der Arbeitszeitverkürzung wird vom Willen unserer Mitgliedschaft getragen. Und mit wachsendem Einkommen steigt erfahrungsgemäß die Präferenz der Menschen für kürzere Arbeitszeiten. Sie wollen mehr vom Leben haben. Sie möchten Beruf und Familie besser verbinden. Und kürzere Arbeitszeiten sind auch beschäftigungspolitisch erwünscht. Wirtschaftlich ist das machbar, denn kostenmäßig macht es keinen Unterschied, ob der Produktivitätsfortschritt in mehr Einkommen oder in mehr Freizeit umgesetzt wird. Was spricht dagegen, diesen Weg in die Zukunft weiter zu beschreiten? Angesichts der wachsenden Beschäftigungsprobleme wäre eher ein noch schnelleres Tempo angesagt.

Andererseits wissen wir, daß ab einer bestimmten Grenze die Rückführung von Arbeitszeit mit dem Verzicht auf Einkommen erkaufte werden muß. Der

erarbeitete Verteilungsspielraum läßt sich nicht zweimal ausschöpfen, er ist begrenzt. Aber zugleich können sich einen Einkommensverzicht in unserer Gesellschaft nur wenige ohne weiteres leisten. Dazu sind die persönlichen Einkommen zu ungleichmäßig verteilt: Auf Arbeitszeit und Einkommen können nur diejenigen verzichten, die sich im oberen Drittel der Einkommenspyramide befinden. Es gibt aber auch Möglichkeiten der selektiven Arbeitszeitverkürzung, zum Beispiel für bestimmte Beschäftigtengruppen. Denken Sie an die Möglichkeit des allmählichen, gleitenden Übergangs vom Arbeitsleben in den Altersruhestand. Oder denken Sie an Arbeitszeitverkürzungen nur mit partiellem Lohnausgleich für gut verdienende Arbeitnehmergruppen.

Neue Modelle zur Verknüpfung von Arbeitszeit und Lebenszeit

Es kann in der Tat nicht allein um die bloße Reduzierung der regulären Arbeitszeit gehen. Je kleiner das Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit wird, desto drängender stellt sich die Frage, wie Arbeits- und Lebenszeit für den einzelnen besser miteinander verzahnt werden können. Wir brauchen eine Vorstellung von attraktiver Arbeit und vom guten Leben. Es muß in Zukunft verstärkt um die Versöhnung von notwendiger Erwerbsarbeit und reichhaltig gestalteter Lebenswelt gehen. Wir müssen die Zukunft der Arbeit neu denken unter der Leitfrage, wie beides möglich wird: sinnvolle Arbeit für alle und mehr Zeit zum Leben für alle. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis im Sinne der lebenslänglichen unbefristeten Vollarbeit, vielleicht sogar noch im selben Job, kann dabei nicht mehr die einzige Orientierungsgröße sein. Und sie ist es schon heute für drei Viertel der Menschen nicht mehr!

Zweifelsohne wird Teilzeitarbeit in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Es gibt viele Menschen, die gerne auf Teüzeitarbeit gehen würden, denen jedoch entsprechende Möglichkeiten aus den verschiedensten Gründen bislang nicht eröffnet werden. Teilzeitarbeit kommt nicht nur den Wünschen vieler Menschen entgegen, sie kann im Grunde auch ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit sein. Das wird sie jedoch nur, wenn das Bedürfnis, auf einen Vollarbeitsplatz zurückzukehren, erfüllt werden kann und die Sicherung im Alter gewährleistet ist. Und was vor allem fehlt, sind Teilzeitarbeitsplätze sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst, die es auch Männern ermöglichen, gut bezahlte, hoch angesehene Jobs zu teilen. Für diese Gruppe ist Teilzeitarbeit mit einem Gewinn an Lebensqualität verbunden. Deshalb sollte man dort bestehende Teilzeitwünsche realisieren helfen. Die Unternehmensleitungen und die Betriebs- und Personalräte müssen Modelle entwickeln, daß solche Jobs in Teilzeit von verschiedenen Arbeitskräften verrichtet werden können.

Wir müssen uns in der Gesellschaft zudem auf einen Arbeitszeitrahmen verständigen. Die konkreten Zeitmuster jedoch, die diesen Rahmen ausfüllen, sollten weitgehend den individuellen Zeitbedürfnissen überlassen werden. Der einzelne soll mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Souveränität über sein Zeitbudget erhalten.

Dies alles sagt sich so leicht, in Wirklichkeit ist es ein Riesenprogramm für die Tarifpolitik und für den Gesetzgeber. Ziel muß es sein, die Erwerbsarbeit sowohl in ihren Inhalten als auch in ihren Zeitstrukturen so zu gestalten, daß dem einzelnen die Option zu einem reichhaltigen, erfüllten Leben insgesamt offensteht.

Anerkennung unbezahlter Arbeit

Ich will der notwendigen Diskussion hierüber nur noch einen weiteren Aspekt hinzufügen, der in den letzten beiden Jahrzehnten eine immer größere Bedeutung gewonnen hat: Ich meine das Thema der gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Arbeiten, die in der Regel ohne Entgelt erbracht werden. Dabei geht es vor allem um Familienarbeit, zum Beispiel um Kinderbetreuung, um Kindererziehung und um Altenpflege, und es geht um ehrenamtliche politische Tätigkeiten. Zunächst ein paar Zahlen, die deutlich machen, welche Fragen mit der Lösung dieses Problems verbunden sind: Jeder Erwachsene leistet derzeit durchschnittlich ein wöchentliches Arbeitspensum von rund fünfzig Stunden. Das gilt für Frauen ebenso wie für Männer. Unterscheidet man jedoch zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, so zeigen sich erhebliche Differenzen. Während Männer für 31 Stunden bzw. 60 Prozent ihres Arbeitspensums Lohn oder Gehalt beziehen, gilt das bei Frauen nur für 15 Stunden bzw. 30 Prozent der Arbeitsleistung. Nimmt man die unbezahlte Arbeit zusammen, so macht sie weit über die Hälfte des gesamten gesellschaftlich geleisteten Arbeitspensums aus.

Diese unbezahlte Arbeit wird zu rund zwei Drittel von Frauen geleistet. Ist das gerecht? Ist es gerecht, daß Frauen mit dieser Arbeit nicht am Volkseinkommen beteiligt werden? Vor allem auch angesichts der Tatsache, daß in unserer Gesellschaft unbezahlte Arbeit oft weniger gilt als bezahlte Arbeit? Wie kann diese Ungerechtigkeit dauerhaft beseitigt werden? Doch nur, indem man die Arbeitszeitverkürzung für alle mit einer wirksamen Gleichstellungspolitik für die Frauen kombiniert. Beides sind Themenfelder für die Zukunftsgestaltung der Arbeitsgesellschaft. Und sie sind der Schlüssel für eine bessere Versöhnung der Arbeit mit der Lebenswelt insgesamt, d. h. mit den Bedürfnissen der Menschen in der erwerbsarbeitsfreien Zeit nach Muße, nach Gesellschaftlichkeit, nach politischer Aktivität oder einfach nach Nichtstun.